



MONATSBRIEF UNGARN

MITTWOCH, 2. NOVEMBER 2022

Orbán trifft Scholz in Berlin

Ministerpräsident Viktor Orbán reist bekanntlich alle zwei Jahre nach Berlin, um sich mit seinem Gegenpart im Bundeskanzleramt zu treffen. Bevor er am 10. Oktober von Olaf Scholz empfangen wurde, besuchte er bereits am Tag zuvor Altkanzlerin Angela Merkel. Orbán traf sich im Übrigen auch mit Armin Laschet, dem Parlamentskreis Ungarn der CDU/CSU-Fraktion, hielt einen Vortrag auf dem Deutsch-Ungarischen Wirtschaftsforum und stattete auch dem 1. FC Union einen Besuch ab, um mit dem ungarischen Nationalspieler Andrés Schäfer zu reden. Um den Besuch von Orbán bei Merkel und später bei Scholz sind wenig Details bekannt, die Gespräche waren vertraulich. Es wurde keine Pressekonferenz gehalten, eine Mitteilung aus dem Kanzleramt über das Treffen bleibt aus. Orbán bezeichnete die Gespräche mit Scholz im Nachhinein als „fruchtbar“, mit Scholz könne man reden „wie mit einem Ungar“, was heißen soll, dass Olaf Scholz ein angenehmer, geradliniger Gesprächspartner sei. Es wurde auch über die schwierigen Themen gesprochen mit einem Ergebnis, mit dem jeder zufrieden sein kann. so Orbán.

Weitaus konkreter wurde Orbán bei einer vom Cicero organisierten Veranstaltung am Morgen des 11. Oktober. Cicero-Chefredakteur Alexander Marguier und der Verleger der Berliner Zeitung, Holger Friedrich, luden im Rahmen der Verlegergesprächsserie „Sturm über Europa – der Ukrainekrieg, die Energiekrise und geopolitische Herausforderungen“ zu einer Podiumsdiskussion mit dem ungarischen Ministerpräsidenten ein, der sich einer Vielzahl kritischer Fragen rund um den Ukrainekrieg stellte. Ringsum über 250 Zuschauer nutzte Orbán die Gelegenheit, um Angela Merkels Außenpolitik zu würdigen. Die Kanzlerin habe 2014 ein „Meisterstück“ vollbracht, als sie nach der russischen Besetzung der Krim durch ihr diplomatisches Geschick eine Ausbreitung des Konflikts und damit einen Krieg verhindert hätte, zu dem es auch schon damals hätte kommen können. Orbán legte nach, und meinte, wenn Merkel noch regieren würde, wäre es „mit Sicherheit“ nicht zu diesem Krieg gekommen. In diesem Sinne habe er in der jetzigen Situation das Interesse an einem möglichst baldigen Waffenstillstand: „Wir brauchen eine sofortige Feuerpause. Das sagt der Papst, das sagt Kissinger, das sagt Habermas. Eine sofortige Feuerpause, danach sollten wir Verhandlungen aufnehmen. Jeder Kriegstag ist schlimmer als die Feuerpause.“ – so Orbán. Orbán appellierte indes an die Amerikaner, welche die wichtigste Macht hinter den Ukrainern seien. Die Ukraine sei allein deshalb so erfolgreich dabei, die russische Aggression abzuwehren, weil sie von den USA in erheblichem Maße unterstützt würden. Wenn sich die Amerikaner mit Moskau an den Verhandlungstisch setzen würden, könnte der Krieg beendet werden, so Orbán. Joe Biden sei hierfür aber nicht die richtige Person, da dieser Putin als Massenmörder bezeichnet hatte – was für die Aufnahme von Verhandlungen keine gute Voraussetzung sei. Daher liege die Hoffnung auf einen Frieden bei Donald Trump, so Orbán. Zugleich stellte Orbán klar, dass Ungarn auf der Seite der Ukraine sei: Russland habe den

Krieg begonnen, da gebe es „kein Drumherumreden“. Daraufhin sagte Orbán, dass er seinem Herzen bei den Ukrainern sei, dass Ungarn ähnliche Erfahrungen mit der Brutalität der russischen Armee gemacht habe, dass die Ukrainer einen heroischen Kampf gegen die Aggressoren führten, machte aber auch deutlich, dass er im Hinblick auf die Sanktionspolitik einen unterschiedlichen Standpunkt vertrete.

Die EU-Sanktionen seien „katastrophal“, sagte Orbán, und gehörten zwar nicht zurückgenommen, aber überdacht. In der jetzigen Form würden sie Europa mehr schaden als Russland, mehr noch, Russland würde wegen der hohen Energiepreise sogar profitieren. „In der Energiefrage sind wir Zwerge und die Russen Riesen. Jetzt sanktionieren Zwerge Riesen.“ – äußerte Orbán. Im weiteren Verlauf der Diskussion sprach Orbán auch über die Visegrád-4-Kooperation und die Bedeutung des Brexits für Mitteleuropa.

Einen ausführlichen Bericht über die Podiumsdiskussion finden Sie auf der Homepage von [Cicero](#). Zudem wurde die gesamte Veranstaltung aufgezeichnet und auf [Youtube](#) veröffentlicht. Ebenso empfehlen wir zwei Interviews, die an Orbáns Besuch in Berlin anknüpfen – eines bei [Tichys Einblick](#), das andere bei der [Budapester Zeitung](#).

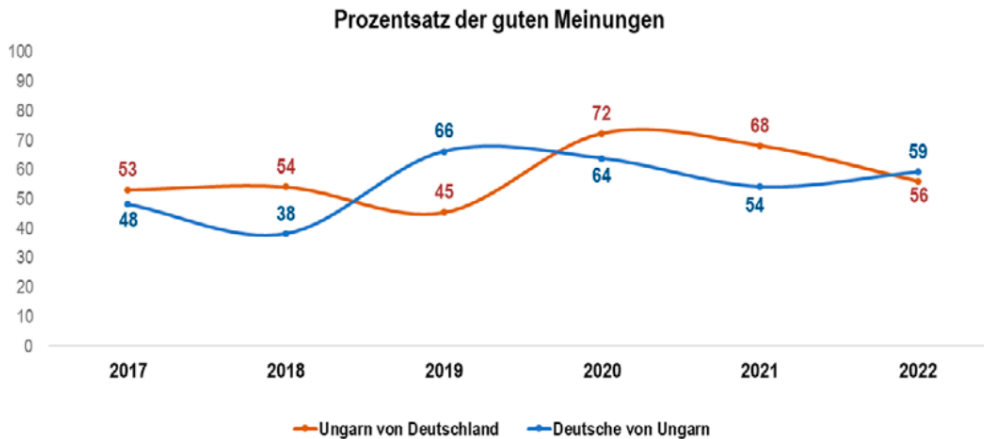
Darüber hinaus schrieb DUI-Direktor Bence Bauer über die Wichtigkeit des persönlichen Austauschs für die deutsch-ungarischen Beziehungen. Den Artikel bei der Budapester Zeitung können Sie [hier](#) abrufen.

6. Deutsch-Ungarisches Barometer

Anfang Oktober wurden die Ergebnisse des 6. Deutsch-Ungarischen Barometers des Nézöpont-Instituts und der Konrad-Adenauer-Stiftung Ungarn vorgestellt. Seit 2017 erhebt das Meinungsforschungsinstitut jährlich die Stimmung zwischen Ungarn und Deutschen. Nach wie vor ist eine überwiegende Mehrheit der Befragten beider Länder der Überzeugung, 88 % in Ungarn und 70 % in Deutschland, dass gute Beziehungen zwischen den Ländern sehr wichtig für die Zukunft Europas sind. Zugleich hatte immer noch eine Mehrheit der Befragten eine positive Meinung über das andere Land, 56 % in Ungarn und 59 % in Deutschland. „Was die Einschätzung der Beziehungen zwischen den beiden Ländern angeht, sind die Ungarn pessimistischer, die Deutschen optimistischer geworden.“ – steht im Bericht, aus dem hervorgeht, dass nur noch 46 % der Ungarn und 40 % der Deutschen die Beziehungen zueinander als gut bezeichnete. In den Jahren zuvor war dieser Wert bei den Ungarn noch über der Hälfte gewesen, bei den Deutschen bei nur 31 %.

Für gleichermaßen wichtig und noch wichtiger als in den Vorjahren erachteten die Befragten die weitere Vertiefung der bilateralen Beziehungen. 79 % der Ungarn (2021 noch 75 %) und 72 % der Deutschen (2021 noch 60 %) sehen eine verstärkte Zusammenarbeit als vorteilhaft für das eigene Land an. Die befragten Ungarn wünschten sich vor allem im Hinblick auf die wirtschaftliche Entwicklung mehr Kooperation, die Deutschen dagegen mehr Zusammenarbeit im Feld der politischen Reform der EU sowie bei der Erarbeitung einer effektiven europäischen Migrations- und Asylpolitik. Jedoch meinen immerhin 39 % der Ungarn bzw. 40 % der Deutschen, dass die Bundestagswahlen 2021 eher zur Verschlechterung der zwischenstaatlichen Beziehungen geführt hätten.

FRAGE: Alles in allem, haben Sie eine eher positive oder eine eher negative Meinung über Deutschland/Ungarn?



Das Deutsch-Ungarische Barometer 2022 können Sie unter diesem [Link](#) erreichen.

Lehrergehalt soll stufenweise erhöht werden

Anhaltende Demonstrationen von Lehrern, Schülern und Eltern sorgen landesweit für Diskussionen über die gerechte Bezahlung von Pädagogen und mögliche Reformen des Bildungssystems. Ungarns Lehrer haben im Vergleich zum Rest der EU-Mitgliedstaaten mit durchschnittlich 25,5 Lehrstunden pro Woche einen sehr hohen Arbeitsaufwand, weshalb verschiedene Lehrerverbände eine Kürzung des Lehrplanes fordern. Das Lohnniveau von Lehrern in Ungarn erreicht nur etwa 60 Prozent des Durchschnittslohns von Angestellten mit Universitätsdiplom, im OECD-Durchschnitt bekommen Lehrer dagegen ein Gehalt, das zumindest zu 90 Prozent dem Durchschnittslohn von Universitätsabsolventen entspricht. Darüber hinaus müssen ungarische Lehrer für das Erreichen der höchsten Gehaltsklasse länger arbeiten als alle anderen Lehrer in der OECD, und zwar 42 Jahre – der OECD-Durchschnitt beträgt dagegen 25 Jahre. Viele Lehrer müssen sich mit Nebenjobs finanziell über Wasser halten. Neben den Forderungen nach Lohnerhöhungen und weniger Arbeitsbelastung verlangten mehrere Verbände die freie Wahl der Schulbücher und auch ein eigenständiges Bildungsministerium. Für die Bildung ist derzeit das Innenministerium unter Sándor Pintér zuständig.

Bereits im Oktober 2021 gründeten die beiden großen Lehrgewerkschaften PSZ und PDSZ ein Streikkomitee. Die darauffolgenden Verhandlungen mit dem Ministerium für Humanressourcen führten allerdings zu keinem Erfolg. Am 31. Januar 2022 riefen die Gewerkschaften zu einem Warnstreik auf, am 16. März folgte der Aufruf zu einer unbefristeten Arbeitsniederlegung. Wegen der Parlamentswahlen wurde der Streik damals jedoch ausgesetzt. Im Sommer kündigten die PSZ und PDSZ an, die Streiks fortzuführen, sollte es zu keinen Veränderungen und zu keinem echten Dialog kommen. Ab Ende August wurden landesweit Protestaktionen durchgeführt, an denen sich bisweilen über Zehntausend Pädagogen, Schüler und Unterstützer versammelten. Anfangs wurde der parteiübergreifende Charakter der Demonstrationen betont, die Oppositionsparteien versuchten jedoch die Streiks für sich zu vereinnahmen, weshalb inzwischen nicht nur die auch von vielen Fidesz-

Vertretern geforderte deutliche Erhöhung der Gehälter, sondern immer öfter eine allgemeine Regierungskritik zum Gegenstand des zivilen Ungehorsams wurde. Dass mehreren Lehrern, die den Protesten durch Arbeitsniederlegung teilnahmen, gekündigt wurde, verschärfte die Proteste merklich. Die einschlägigen ungarischen Gesetze sehen – wie in Deutschland – kein Streikrecht für öffentliche Bedienstete vor.

Mitte Oktober kündigte Kanzleramtsminister Gergely Gulyás an, dass die Regierung beabsichtigt, die Lehrergehälter 2023 um 21 Prozent, 2024 um 25 Prozent und 2025 um 30 Prozent zu erhöhen. So würde das Lohnniveau der Lehrer bereits in drei Jahren 80 Prozent des Durchschnittslohns von Arbeitnehmern mit Universitätsdiplom erreichen. Gulyás erklärte jedoch auch, dass dies maßgeblich davon abhinge, ob Ungarn mit der EU eine Einigung hinsichtlich der Gelder aus dem Corona-Wiederaufbaufonds erzielen könne.

Gedenken in Zalaegerszeg an den Ungarischen Volksaufstand 1956

Anlässlich des Nationalfeiertages zum Gedenken an die Helden und Opfer des Ungarischen Volksaufstandes von 1956 hielt Viktor Orbán am 23. Oktober eine Rede im westungarischen Zalaegerszeg. Der Ministerpräsident sprach bei der Einweihung des neuen Mindszentyneums, einer Gedenkstätte, die sich dem Leben und Wirken des Kardinals József Mindszenty widmet. Mindszenty, der letzte Fürstprimas Ungarns, wurde nach 1945 zur Symbolfigur des antikommunistischen Widerstandes. Orbán ehrte zu Beginn seiner Rede die Rolle der Bürger von Zalaegerszeg während des Volksaufstandes, die mit als erste die Waffen erhoben und bis ganz zuletzt erbittert gekämpft hatten. Die Kritik der ungarischen Linken, den Nationalfeiertag in Zalaegerszeg und nicht in Budapest zu begehen, räumte Orbán daher aus: „Die Linke versteht nicht, dass Budapest nicht mit dem Land identisch ist. Sie verstehen nicht, dass 1956 nicht die Revolution einer Stadt, sondern die des ganzen Landes, ja der gesamten Nation war.“ – sagte Orbán, und würdigte im Folgenden Mindszentys Einsatz für die Freiheit der Nation.

Orbán sprach auch über den Verrat des Westens. Für einen gewaltfreien Übergang von der kommunistischen Diktatur zur Demokratie sei alles vorbereitet gewesen. Österreich, das 1955 seine Unabhängigkeit erlangte, sei für die Revolutionäre das Beispiel gewesen und zeigte den Ungarn, dass die Chance auf einen Systemwechsel realistisch sei. Die Unterstützung des Westens für die Ungarn in den entscheidenden Wochen blieb jedoch aus. Dieser Verrat, so Orbán, hätte die Sowjets dazu gebracht, Panzer aufzufahren und die Revolution zu zerschlagen. Die Ungarn seien jedoch „hart und entschlossen geblieben“ und haben schließlich 1990 ein freies und unabhängiges Ungarn zurückgewonnen: „Daraus kann die ganze Welt verstehen, wer sich auch immer uns in den Nacken setzen möchte, er ist zur Niederlage verurteilt“.

Den gesamten Text der Rede auf Deutsch können Sie auf der [Internetseite des Ministerpräsidenten](#) nachlesen.

Nationale Konsultation zu den Kriegssanktionen: Fragen vorgestellt

In der letzten Ausgabe des Monatsbriefes berichteten wir bereits über die Initiierung einer neuen Nationalen Konsultation über die Kriegssanktionen der EU gegenüber Russland. Am

14. Oktober wurden indes die Fragen der Konsultation bekannt gegeben, diese haben wir übersetzt:

1. Brüssel hat beschlossen, Ölsanktionen zu verhängen, obwohl nach Ausbruch des Krieges vereinbart worden war, dass sich die Sanktionen gegen Russland nicht auf den Energiesektor erstrecken würden. Trotzdem beschloss Brüssel im Juni, die Einfuhr von Öl und Ölprodukten aus Russland zu verbieten. Ungarn kämpfte für eine Ausnahmeregelung, da es mehrere Jahre und Investitionen in Höhe von Hunderten von Milliarden Forint erfordern würde, russisches Rohöl zu ersetzen. Ein Erdölexport würde zu ernsthaften Versorgungsproblemen für Ungarn führen und eine enorme Belastung für die Wirtschaft darstellen. Dies wirft die erste Frage der nationalen Konsultation auf: **Sind Sie mit den Brüsseler Ölsanktionen einverstanden?**
2. Die Brüsseler führenden Politiker wollen die Sanktionen auf Gaslieferungen ausweiten. Die europäische Wirtschaft ist in hohem Maße von russischem Gas abhängig (im Falle Ungarns zu 85 %), und die Einführung der Gassanktionen hat zu höheren Energiepreisen geführt, mehr als allein die Tatsache, dass ein Krieg ausgebrochen ist. Die Folgen sind schon jetzt gravierend. Die Nebenkostenrechnungen sind in ganz Europa auf ein Rekordniveau gestiegen. Als Reaktion auf die Sanktionen droht Russland mit der Einstellung der Gaslieferungen. Dies bedroht das Beheizen der Haushalte und die Lebensfähigkeit der europäischen Wirtschaft. Die zweite Frage lautet daher: **Sind Sie mit den Gassanktionen einverstanden?**
3. Brüssel hat auch die Einfuhr fester Brennstoffe (wie Kohle) aus Russland verboten. Das Verbot gilt auch für Stahl und Holz und soll auf andere Rohstoffe ausgedehnt werden. Als Folge der Energiekrise benötigt Europa mehr feste Brennstoffe als je zuvor und kann seinen Bedarf nicht aus eigener Produktion decken. Die dritte Frage: **Sind Sie mit den Sanktionen für Rohstoffe einverstanden?**
4. Das Europäische Parlament und mehrere Mitgliedstaaten wollen die Sanktionen auf Kernbrennstoffe ausweiten. Kernkraftwerke spielen eine unverzichtbare Rolle für die Stromversorgung Europas. Ein erheblicher Teil von ihnen wird mit russischen Kernbrennstoffen betrieben, der aufgrund der technischen Gegebenheiten kurzfristig nicht ersetzt werden kann. Eine Ausweitung der Sanktionen auf Kernbrennstoffe würde daher die Stabilität der Stromversorgung gefährden und die Preise erhöhen. Die vierte Frage lautet daher: **Sind Sie mit den Sanktionen gegen Kernbrennstoffe einverstanden?**
5. Das AKW Paks ist eine Garantie für billigen Strom in Ungarn. Der Ausbau wird mit Hilfe russischer Unternehmen durchgeführt. Viele wollen die Nuklearsanktionen auf den Ausbau des AKW Paks ausweiten. Auch das Europäische Parlament und einige Oppositionsparteien fordern, dass die Entwicklungszusammenarbeit mit russischen Unternehmen eingestellt werden sollte. Eine Aussetzung des Ausbaus könnte zu weiteren Preissteigerungen und Versorgungsunterbrechungen führen. Die fünfte Frage der nationalen Konsultation: **Sind Sie der Meinung, dass die Investitionen in Paks unter die Sanktionen fallen sollten?**
6. Die Sanktionen schaden auch dem europäischen Tourismus, der sich in der Zeit nach der Pandemie in einer nicht einfachen Lage befindet. Die Einreisebeschränkungen haben zu einem erheblichen Rückgang der Zahl der Touristen aus Russland geführt. Die Maßnahme betrifft auch Ungarn, zumal die Zahl der ausländischen Besucher noch immer unter dem Niveau vor der Corona-Pandemie liegt. Es handelt sich um einen

Sektor, der Hunderttausenden von Menschen in unserem Land Arbeit gibt. Das ist der Grund für die sechste Frage: **Sind Sie mit den Sanktionen einverstanden, die Einschränkungen für den Tourismus umfassen?**

7. Die Sanktionen haben auch schwerwiegende Auswirkungen auf die Lebensmittelversorgung. Der Anstieg der Gaspreise verteuert die landwirtschaftliche Produktion erheblich, und die Sanktionen erstrecken sich auch auf einige Düngemittelbestandteile. Der Anstieg der Lebensmittelpreise in den Entwicklungsländern erhöht das Risiko einer Hungersnot. Dies wird zu noch größeren Migrationsströmen führen und den Druck auf Europas Grenzen erhöhen. Die letzte Frage der Konsultation: **Sind Sie einverstanden mit den Sanktionen, die die Lebensmittelpreise in die Höhe treiben?**

Einer aktuellen Umfrage des regierungsnahen Nézöpont-Instituts von Mitte Oktober zufolge glaubt jeder zweite Ungar, dass die EU-Sanktionen „eher Europa schaden“ würden. Nur 12 % waren der Meinung, die Sanktionen würden eher Russland schaden, ein Drittel sagte, dass die Sanktionen beiden Seiten gleichermaßen schaden würden. Linke Wähler waren dabei von den Sanktionen weitaus mehr überzeugt als die Wähler des bürgerlichen Lagers. 24 % der linken Wähler sagten, dass durch die Sanktionen eher Europa leiden würde, wohingegen 28 % meinten, die Sanktionen würden eher Russland schaden. Fidesz-Sympathisanten antworteten auf die Frage eindeutig: nur 2 % waren der Meinung, dass die Sanktionen eher Russland als Europa treffen würden.

Aktuelle Umfragen

Der neuesten Umfrage des regierungsnahen Nézöpont-Instituts zufolge konnte Fidesz im Vergleich zur letzten Erhebung Ende August um 5 Prozentpunkte zulegen und würde demnach 52 Prozent der Stimmen auf sich vereinen. Ihre Popularität ebenso steigern konnte die Demokratische Koalition, die 3 Prozentpunkte hinzugewinnen konnte und mit 9 Prozent Zustimmung die derzeit bedeutendste Oppositionspartei ist. Momentum und Mi Hazánk verloren jeweils 2 Prozentpunkte Wählersympathie und liegen nun bei 3 bzw. 4 Prozent. Den ehemals bedeutenden Parteien MSZP und Jobbik würden derzeit nur jeweils 2 Prozent der Wähler ihre Stimme geben. Ein Neuling in der langen Reihe der Oppositionsparteien ist die Bewegung „Für das Volk“ (A Nép Pártján), die im Oktober zum ersten Mal die 1-Prozent-Hürde erreichte. Gründer der Bewegung ist Péter Jakab, der frühere Jobbik-Vorsitzende. Entschieden gestiegen ist die Zahl derer, die nicht explizit für eine der Oppositionsparteien stimmen, aber sicher links wählen würden. Ende August waren es 16 Prozent solcher noch unentschiedener linker Wähler, nun sind es bereits 20 Prozent. Den Demoskopern von Nézöpont zufolge konnte Fidesz nach einem Tief Ende des Sommers, als die Partei nur 47 Prozent Wählerzustimmung erreichte, ihre angestammte Wählerschaft wieder für sich gewinnen. Darüber hinaus, so Nézöpont, sei die steigende Zustimmung der Regierungsparteien auf eine Verbesserung des Zufriedenheitsindex des Ministerpräsidenten zurückzuführen, der Zustimmung bei 53 Prozent der Ungarn genießt.

Zu einem anderen Befund kam das regierungskritische Idea-Institut in einer Umfrage Anfang Oktober. Das Institut ermittelte zwar eine stabile Unterstützung von 51 Prozent für Fidesz im Kreise der sicheren Wähler, doch im Rahmen ihrer Erhebung kann die Demokratische Koalition auf weitaus mehr Wähler zählen, als die Umfrage von Nézöpont ergab. Idea zufolge würde die DK 20 Prozent der Stimmen bekommen. Die rechtsextreme Mi Hazánk käme auf 9, Momentum auf 6, Jobbik auf 4 und die sonstigen Oppositionsparteien auf 3 oder weniger

Prozentpunkte. Ebenso interessant ist der Blick die Unterstützung der Parteien in der Gesamtbevölkerung, also unter Einbeziehung der Nichtwähler und Unentschlossenen. Idea stellte fest, dass Fidesz statt 36 Prozent Zustimmung in der Gesamtbevölkerung zum Zeitpunkt der Wahlen derzeit auf noch nur 30 Prozent käme, während die Unterstützung der Demokratischen Koalition in der Gesamtbevölkerung auf das Niveau vor den Wahlen angestiegen ist (12 Prozent). Dem Meinungsforschungsinstitut zufolge haben die Regierungsparteien die Obergrenze ihrer Wählerschaft im April erreicht und beginnen nun, nach und nach Wähler am Rande zu verlieren.

Neuigkeiten vom Deutsch-Ungarischen Institut

Praktikumsausschreibung

Das Deutsch-Ungarische Institut vergibt fortlaufend **neue Praktikumsstellen** an interessierte **Studenten aus dem deutschsprachigen Raum**. An unserem Institut bieten wir den Praktikanten eine Auslandserfahrung in einem dynamischen Team mit fachbezogenen und verantwortungsvollen Aufgaben, individueller Betreuung und voller ERASMUS+-Kompatibilität in den **Bereichen Forschung, Veranstaltungsmanagement, Kommunikation und Begabtenförderung**. Interessiert? Den Link zu unserer Ausschreibung finden Sie [hier](#).

Vergangene Veranstaltungen

Deutschland im Umbruch: Politik, Medien, Gesellschaft – mit diesem Titel veranstaltete das Deutsch-Ungarische Institut für Europäische Zusammenarbeit am **10. Oktober um 18.00 Uhr** eine Podiumsdiskussion im **MCC-Bildungszentrum Debrecen**. Die Referenten der Diskussion waren **Dr. Gerhard PAPKE**, Präsident der Deutsch-Ungarischen Gesellschaft in der Bundesrepublik Deutschland und ehemaliger stellvertretender Präsident des nordrhein-westfälischen Landtags, sowie **Frank SPENGLER**, externer Berater des Deutsch-Ungarischen Instituts und ehemaliger Leiter des Auslandsbüros der Konrad-Adenauer-Stiftung in Ungarn. Moderiert wurde das Gespräch von **Kinga DÖRSTELMANN-FODOR**, Projektmanagerin am Deutsch-Ungarischen Institut. Im Mittelpunkt der Podiumsdiskussion standen die innen- und außenpolitische Bilanz der 2021 gewählten Bundesregierung, die Reaktion der Bundesregierung auf den Krieg in der Ukraine und die aktuelle Energiepolitik.

Unseren Veranstaltungsbericht können Sie auf unserer [Homepage](#) finden.

Am **14. Oktober 2022** wurde das gemeinsam von Balázs Orbán, dem Kuratoriumsvorsitzenden des Mathias Corvinus Collegium (MCC), und Zoltán Szalai, dem Generaldirektor des MCC, herausgegebene Buch „**Der ungarische Staat**“ vom **Deutsch-Ungarischen Institut** und von der **Deutsch-Ungarischen Gesellschaft in der Bundesrepublik** im MCC vorgestellt. An der Veranstaltung waren Herausgeber **Zoltán SZALAI**, **Bence BAUER**, Direktor des Deutsch-Ungarischen Instituts, und **Gerhard PAPKE**, Präsident der Deutsch-Ungarischen Gesellschaft, beteiligt. Neben dem Inhalt des Buches wurde auch die Vergangenheit und Gegenwart der deutsch-ungarischen Beziehungen diskutiert. Darüber hinaus wurden die europäischen Werte, die aktuellen wirtschaftlichen Herausforderungen und der Besuch vom Ministerpräsidenten Viktor Orbán in Berlin erörtert.

Der Sammelband ist unter folgendem [Link](#) erhältlich. Einen ausführlicheren Bericht zur Veranstaltung können Sie [hier](#) lesen.

Das Buch „**Die Zukunft gestalten wir! Wie wir den lähmenden Zeitgeist endlich überwinden**“ des Schriftstellers und Publizisten **Dr. Klaus-Rüdiger MAI** wurde jüngst ins Ungarische übersetzt und von MCC Press herausgegeben. Dies nahm sich das **Deutsch-Ungarische Institut für Europäische Zusammenarbeit am MCC** zum Anlass, eine **Präsentation des Buches** für das ungarische Publikum zu organisieren. Am **27. Oktober** trafen etwa 40 Gäste beim MCC ein, um die gesellschaftspolitischen Thesen des Sachbuches mit seinem Autor diskutieren, der schon mehrfach beim MCC, unter anderem als Gastprofessor, zu Gast war.

Den Veranstaltungsbericht erreichen Sie unter folgendem [Link](#).

Bevorstehende Veranstaltungen

Europa steht enormen Herausforderungen gegenüber. Seine internationale Stellung gerät durch die konkurrierenden Supermächte Russland, China und die USA ins Wanken. Zudem muss es Antworten auf die Auswirkungen der Globalisierung finden. Aus diesem Grund stehen die Europäer am Scheideweg: Welche Rolle wollen sie zukünftig in der multipolaren Weltordnung einnehmen? Wie kann sich Europa wieder behaupten und welche Politiker sind fähig, dem Kontinent zu neuer Stärke zu verhelfen? Diese Fragen diskutieren wir im Rahmen der Podiumsdiskussion **„Selbstbehauptung: Warum Europa sich begrenzen muss“** gemeinsam mit dem Politikwissenschaftler **Prof. Dr. Heinz THEISEN**. Die Veranstaltung findet am Mittwoch, den **9. November 2022 um 18.00 Uhr** im Scruton Café am **Mathias Corvinus Collegium** statt. Für weitere Informationen und für die Möglichkeit zur Anmeldung klicken Sie bitte [hier](#).



The poster features the logos of the German-Hungarian Institute and MCC (Mathias Corvinus Collegium) at the top. The main title 'SELBSTBEHAUPTUNG' is in large yellow letters, followed by the subtitle 'WARUM EUROPA SICH BEGRENZEN MUSS' in white. Below that, it says 'VORTRAG UND PODIUMDISKUSSION'. On the right side, there is a portrait of Prof. Dr. Heinz Theisen, labeled 'HEINZ THEISEN POLITOLOGE'. At the bottom, the date and time are given as 'MITTWOCH, DEN 9. NOVEMBER 2022 18.00 UHR' and the location as 'SCRUTON MCC (TAS VEZÉR UTCA 3-7, 1113 BUDAPEST)'.

Veröffentlichungen

„Warum nur persönliche Begegnungen am Ungarnbild etwas ändern können“ – Anlässlich der Reise des ungarischen Ministerpräsidenten Viktor Orbán vergangene Woche nach Berlin wagt **Bence BAUER** eine Bestandsaufnahme im aktuellen Beziehungsgeflecht der beiden Länder Deutschland und Ungarn. Sein Artikel ist ein Plädoyer dafür, warum es sich lohnt,

mehr miteinander, statt übereinander zu reden. Hier geht es zum Beitrag „[Persönlich geht vor](#)“ in der **Budapester Zeitung** vom 20. Oktober 2022.

Peter HOERES ist Professor für Neueste Geschichte an der Julius-Maximilians-Universität Würzburg. 2019 veröffentlichte er das 600-Seiten-starke Sachbuch „Zeitung für Deutschland: Die Geschichte der FAZ“, die bisher umfassendste Forschung zur Frankfurter Allgemeinen Zeitung. In unserem **Podcast** haben wir Prof. Dr. Peter Hoeres über die Rolle der FAZ in der deutschen Medienlandschaft, der Ausgewogenheit des Journalismus sowie zur Lage der Meinungs- und Wissenschaftsfreiheit in Deutschland gefragt.



Hier geht es zum [Podcast](#).

Besuchstipp

Wussten Sie, dass Ungarn nach Frankreich und Deutschland mit etwa 100.000 Juden die drittgrößte jüdische Gemeinde der Europäischen Union beheimatet? Das jüdische Leben in Ungarn konzentriert sich überwiegend in der Hauptstadt Budapest, doch auch auf dem Lande finden sich mehrere Synagogen mit florierenden Gemeinden und dutzende jüdische Gotteshäuser, die als Museum oder Veranstaltungsorte dienen. Jüngstes Beispiel für die Wahrung des jüdischen Erbes ist die erfolgreiche Instandsetzung der zuvor verfallenen, 1859 errichteten Synagoge im an der österreichischen Grenze gelegenen Kőszeg. Die Renovierung des nun als Kulturzentrum der Öffentlichkeit zugänglich gemachten Gebäudes wurde 2013 von der Regierung beschlossen und finanziert.



Synagoge in Kőszeg – Quelle: Felsőbbfokú Tanulmányok Intézete

Der **Monatsbrief Ungarn** auch in der Folge immer am ersten Mittwoch des Monats in Ihrem E-Mail-Fach zu finden sein.

Impressum: Deutsch-Ungarisches Institut für Europäische Zusammenarbeit

Direktor: Bence Bauer

Zuständiger Mitarbeiter: Martin Josef Böhm

Büro: 1113 Budapest, Tas Vezér u. 3-7

Postadresse: 1518 Budapest, Pf. 155

Web: <https://www.deutsch-ungarisches-institut.hu/>

E-Mail: mni@mcc.hu